

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

29.08.2023

Inhalt

EWN

1 Klimaaktivisten werben für Atomkraft <i>DIE WELT, 29.08.2023</i>	3
2 Japan meldet keine Radioaktivität im Meerwasser bei Fukushima <i>Spiegel.de, 28.08.2023</i>	4

DIE WELT | 29.08.2023 | S. 10

Auflage: 101.566 | Reichweite: 711.369

Axel Bojanowski

Klimaaktivisten werben für Atomkraft

Umweltgruppe "Replanet" legt sich mit Greenpeace an

la Aanstoot aus Schweden hat an Schulstreiks teilgenommen, um auf die Risiken der globalen Erwärmung aufmerksam zu machen. Doch das genügt der 18-Jährigen nicht mehr. Zusammen mit jungen Leuten aus anderen europäischen Ländern kämpft sie nun auch für die Kernkraft. Ihr Protest richtet sich gegen den Umweltkonzern Greenpeace. "Greenpeace steckt in der Vergangenheit fest", sagt Aanstoot. "Er kämpft gegen saubere, CO2-freie Kernenergie, während die Welt buchstäblich brennt.

Mit ihrer Kampagne "Dear Greenpeace" wollen die Klimaaktivisten der Umweltorganisation "Replanet" erreichen, im Rechtsstreit zwischen der EU-Kommission und Greenpeace am Europäischen Gerichtshof als Interessenspartei gehört zu werden. Vor Gericht wollen sie Expertenmeinungen zugunsten klimafreundlicher Kernenergie abgeben. Greenpeace hatte gegen die Entscheidung der EU-Kommission geklagt, Kernenergie in die EU-Taxonomie aufzunehmen. Mit ihrer Taxonomie lenkt die EU Investitionen in bevorzugte Energieträger, die klimafreundlich sein sollen. Im Europäischen Parlament hatten nur 278 Abgeordnete gegen den Vorschlag der Kommission gestimmt - 353 Stimmen wären erforderlich gewesen.


Greenpeace hingegen kämpft seit Jahrzehnten gegen Kernkraft. Der Konzern warnt vor Unfällen und der vermeintlich ungeklärten Frage nach Endlagern für die radioaktiven Abfälle. Daten, veröffentlicht vom briti-

schen Non-Profit-Projekt "Our world in Data", hingegen zeigen, dass Kernkraft zu den sichersten Energietechnologien gehört. Erste Endlager werden bereits gebaut. Bei der Stromerzeugung durch Kernkraft wird kein Treibhausgas freigesetzt, weshalb auch der UN-Klimarat die Technologie als adäquat einstuft, um die globale Erwärmung zu bremsen. Die jungen Klimaaktivisten starten nun eine Petition, in der sie Greenpeace auffordern, ihre Kampagne gegen die Kernenergie einzustellen.

Deutschland ist aus der Atomkraft ausgestiegen, es musste zur Stromerzeugung CO2-intensive Kohlekraftwerke hochfahren. "Ich habe entsetzt gegen Greenpeace protestiert, als sie sich dafür einsetzten, die deutschen Kernreaktoren zu stoppen, was zu einer viel höheren Nachfrage nach Kohle führte", sagt die 22-jährige Biologin Julia Galosh, die sich ebenfalls an der Kampagne von "Replanet" beteiligt. "Jetzt wollen sie verhindern, dass mein Heimatland Polen von Kohle auf Atomkraft umsteigt - genug ist genug", meint sie.

"Kernenergie ist derzeit die größte Quelle sauberer Energie in der EU", betonen die Aktivisten. "Länder wie Frankreich und Schweden haben dank der Kernenergie eine rasche CO2-Minderung ihrer Stromerzeugung erlebt" - ein Vorbild, meinen Aanstoot und ihre Mitstreiter: "In ganz Europa haben Länder mit Atomkraftwerken durchweg geringere CO2-Emissionen als solche ohne Atomkraftwerke."

 Spiegel.de | 28.08.2023

 Jörg Römer, Reuters, AFP

 WEBLINK

UMSTRITTENE EINLEITUNG VON KÜHLWASSER

Japan meldet keine Radioaktivität im Meerwasser bei Fukushima

Aus der AKW-Ruine Fukushima wird Kühlwasser ins Meer geleitet – nun meldet das Land Tritium-Messwerte vor der Küste unterhalb der Nachweisgrenze. Dennoch kämpfen japanische Firmen mit einer chinesischen Welle von Protestanrufen.

Am vergangenen Donnerstag hat die japanische Regierung damit begonnen, Kühlwasser des havarierten Atomkraftwerks Fukushima in den Pazifik zu leiten. Dem Umweltministerium des Landes zufolge konnte im Meerwasser in der Nähe des 2011 havarierten Reaktors keine Radioaktivität festgestellt werden. Wie das Ministerium am Sonntag mitteilte, wurden Wasserproben an elf Stellen rund um die Anlage entnommen und getestet.

Die Tests hätten eine Konzentration des radioaktiven Isotops Tritium unterhalb der unteren Nachweisgrenze ergeben – diese liegt bei sieben bis acht Becquerel Tritium pro Liter. Vor der Verklappung wird das Kühlwasser behandelt. Das Filtersystem kann allerdings das radioaktive Isotop Tritium nicht herausfiltern.

Das Meerwasser habe deswegen keine nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Wie ein Sprecher der Behörde gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters erklärte, soll in den nächsten drei Monaten wöchentlich getestet und die Ergebnisse dann veröffentlicht werden.

Auch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) teilte mit, das in den Pazifik eingeleitete Wasser sei unbedenklich. Der Strahlenschutzexperte Clemens Walter sagte dem SPIEGEL, dass es im Grunde kein Problem sei, das Fukushima-Wasser zu trinken (mehr dazu lesen Sie hier).

Im AKW Fukushima Daiichi war es im März 2011 in Folge eines schweren Erdbebens und gewaltigen Tsunamis zu Kernschmelzen gekommen. Die Reaktoren müssen seither mit Wasser gekühlt werden, das in

mehr als tausend Tanks gelagert wird – inzwischen sind es über 1,3 Millionen Tonnen.

Als die Regierung vor zwei Jahren die Einleitung des Wassers ankündigte, stieß der Plan auf den Widerstand von Teilen der japanischen Bevölkerung, insbesondere der Fischer, die Absatzeinbußen befürchteten.

Auch in China kam es zu Protesten, das Land hat die Einfuhr von Meeresprodukte aus Japan ausgesetzt und erklärte, das Vorhaben verunreinige den Ozean. Mit dem Beginn der Einleitungen sind japanische Unternehmen nach eigenen Angaben mit tausenden Protest-Anrufen aus China überzogen worden.

Sicherheit japanischer Einwohner in China gewährleisten

Japanische Firmen und Geschäfte von Konzerthallen bis Aquarien berichteten, sie erhielten so viele Anrufe, dass sie Schwierigkeiten hätten, den normalen Betrieb aufrechtzuerhalten. Chinesische Nutzer von Online-Netzwerken veröffentlichten Videos von sich beim Anrufen japanischer Telefonnummern, darunter Restaurants in Fukushima.

Der hochrangige japanische Diplomat Hiroyuki Nambu äußerte nach Angaben des japanischen Außenministeriums vom Samstagabend sein Bedauern über die Anrufe und rief Peking dazu auf, »die Sicherheit japanischer Einwohner in China zu gewährleisten«. Die japanische Botschaft in Peking hatte japanische Staatsangehörige aufgefordert, nicht laut Japanisch zu sprechen.